

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 27. Juni 1905.

№ 73.

Achtung! Bestellungen auf das III. Quart. 1905 des Corr., Preis pro Quartal 65 Pf., wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.

Fünfte Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Dresden.

x- Dresden, 22. Juni 1905.

Vierter Tag.

Bei Fortsetzung der Diskussion nimmt das Wort Döblin, der die Debatte über die Tarifgemeinschaft als zur Aufklärung nach außen wirkend bezeichnet. Bei der Tarifgemeinschaft habe man doch die Gesamtwirkung im Auge zu behalten. Daß eine gewisse soziale Einsicht bei der Prinzipalität vorhanden ist, kann nicht geleugnet werden; das ist aber in der Hauptsache unser Verdienst. Bezüglich der sogenannten eingeschränkten Bewegungsfreiheit ist doch Erfahrung genug gesammelt worden, daß wir mit dem Kampfstandpunkte nicht besser unser Interesse wahrnehmen können. Daß mit der Tarifgemeinschaft die Erziehung der Mitglieder gehindert werde, ist unzutreffend; die Initiative der Mitglieder ist gerade durch die Tarifgemeinschaft gehoben worden. Bedauerlich ist, daß von Berlin der Antrag auf Kündigung des Tarifes gestellt wurde; dadurch geben wir dem tariffeindlichen Teile der Prinzipale Gelegenheit, sich in ihrer Tarifgegnerschaft zu stärken. Solche Anträge gehören vor ein größeres Forum. Redner erblickt in den Schiedsgerichten einen Fortschritt, indem damit ausgedrückt ist, daß das Gewerbe sich selbst zu regieren weiß, obwohl Kollege Engel sich auf den einseitigen Standpunkt stellt, die Schiedsgerichte hätten nur einseitig, nur im Interesse der Gehilfen zu entscheiden. Die Beurteilung über das Wesen der Tarifgemeinschaft ist bei den Berliner Kollegen eine höchst verschiedenartige, so daß man nicht weiß, wie eigentlich die Tarifgemeinschaft zu bewerten sei. Redner erläutert die Wirkungen der Tarifgemeinschaft in bezug auf unsere Interessen, erörtert die Verhältnisse in anderen Gewerben ohne Tarifgemeinschaft und demonstriert an ihnen den Wert unserer Tarifgemeinschaft. Hierfür bringt Redner noch eine Anzahl Beweismittel zur Kenntnis der Versammlung. Im übrigen wäre es an sich schon ein Fehler, zwei Jahre vor Ablauf des Tarifes einen solchen Antrag, wie von Berlin geschah, zu stellen. Redner plädiert dafür, daß bezüglich dessen, was mit der Tariffache zu geschehen habe, dies aus dem Bereiche der einzelnen Mitgliedschaften zu entfernen und zur Vertretung den Gewerbeständen, den Gehilfenvertretern und dem Zentralvorstande zu überweisen sei. Außerdem müßten noch die Vertreter der in Betracht kommenden „Sparten“ hinzugezogen werden, um ihnen die Schwierigkeiten der Materie zu vergegenständlichen. Redner gibt noch bezüglich der Berichterstattung einige Anregungen. Sodann geht Redner zu der Frage des Abschlusses des künftigen Tarifvertrages über und empfiehlt hier, keinen Beschluß zu fassen, sondern erst in Fühlung mit der Prinzipalität zu treten. Bezüglich der Wahrnehmung der Interessen der Maschinenmeister im Tarife sei die Aufgabe, nicht an dem Tarife herumzuschimpfen, sondern eine brauchbare Vorlage zu liefern; damit beweisen wir der Prinzipalität, daß sie hier Abhilfe schaffen muß. Redner verliest hierauf folgende Resolution:

Die Generalversammlung beauftragt die Gehilfenvertreter, zu gegebener Zeit bei dem Tarifausschusse den Antrag auf Revision des Tarifes zu stellen. Eingegangene Abänderungsvorschläge sind seitens der Kreisvertreter an den Verbandsvorstand einzufenden und durch eine einberufende Gewerbestandkonferenz mit den Gehilfenvertretern und Vertretern der einzelnen Spezialbranchen zu prüfen und zusammenzustellen und dann den tariftreuen Gehilfen an den Kreisvororten an einem Tage Bericht zu erstatten.

Döblin empfiehlt, auf eine weitere Diskussion zu verzichten, um so nach außen den Eindruck zu erwecken, daß man einig und geschlossen den künftigen Dingen gegenübersteht. Das wäre ein taktischer Abschluß unserer Tarifdebatte.

Homan-Berlin spricht zur Hilfsarbeiterfrage, geht auf den Leipziger Stercotypentarif ein, der den Gehilfen von der Prinzipalität aufgedrungen sei, und die Gehilfen waren so dumm, auf diesen Tarif einzugehen. Redner plädiert für Aufnahme der Stercotypen in den Tarif. Ebel-Berlin empfiehlt, in dem Antrage zu ergänzen, daß die Spartenvertreter mit hinzuzuziehen seien. Im weiteren polemisiert Redner gegen die letzten Ausführungen Döblins.

Bopp-Berlin spricht zum Tarife, soweit die Maschinenfehler in Betracht kommen, wobei er die Maschinenarbeit an den Sechsmaschinen nachweist. Der Herd der Maschinenarbeit ist Dresden, und zwar auch bei Firmen, die tariftreu sind und deren Personale im Verbandsorganisiert sind. In Düsseldorf wird eine Dame an der Sechsmaschine mit Zustimmung des Kreisamtes beschäftigt. Kollege Nade möge sich dazu äußern. Wohin soll das führen? Unter allen Umständen muß hier eingeschritten werden. Redner erläutert sodann verschiedene Einzelheiten. Die Kontrolle an den Sechsmaschinen werde deshalb geübt, um das Berechnen in gewissen Gebiete herbeizuführen, wie denn kein Gehilfe seitens der Geschäftsleitungen solchen Schikanen ausgesetzt sei als der Maschinenfehler. Im Verlaufe seiner Rede äußert sich Redner noch über die Monotypie und den Elektrotypograph. Redner ergeht sich im übrigen in die Einzelheiten der Verhältnisse bei den Maschinenfeuern.

Schlager-Breslau hält nach den gemachten Ausführungen eine weitere Diskussion nicht mehr für nötig, wendet sich aber gegen den Abschluß des Tarifvertrages von Organisation zu Organisation, weil wir dadurch Mitglieder verlieren würden. Weiter wendet sich Redner gegen die Abschaffung des Berechnens.

Gieseler-Berlin erklärt sich mit den Ausführungen Döblins einverstanden und meint gegenüber Grafmann, daß man über dessen Befürchtungen wohl in der Praxis hinwegkommen würde. Weiter erklärt sich Redner für Beibehaltung des Berechnens, polemisiert gegen Massini und nimmt die früheren Mitglieder des Berliner Schiedsgerichtes gegen die Vorwürfe Massinis in Schutz.

Engelbrecht-Leipzig meint, über die grundsätzliche Frage läßt sich nicht mehr viel reden, da Berlin seinen Antrag zurückgezogen habe. Wir haben von vornherein auf dem Standpunkte des Stuttgarter Antrages gestanden. Redner wendet sich gegen Rezhäuser's Standpunkt, daß mit der Beilegung der Tarifgemeinschaft der Zusammenbruch der Organisation besiegelt sei. Da hat mir Rezhäuser mit seinem Standpunkte auf der Halle'schen Generalversammlung besser gefallen. Auf diese Weise gefährden wir die Organisation, weil die Prinzipalität daraus ihre Konsequenzen ziehen würde. Unter gegebenen Verhältnissen wäre es freilich ein Frevel, den Tarif zu kündigen. Ich halte es aber auch nicht für richtig, immer zu sagen, daß die Gehilfen die größten Vorteile von der Tarifgemeinschaft habe, wie von einem in der Gehilfenchaft sehr einflussreichen Kollegen gesagt worden sei. Weiter meint Redner gegenüber Döblin, daß es selbstverständlich sei, daß nicht in jedem Falle der Gehilfe vor dem Schiedsgerichte recht bekommen könne. Aber wir müssen auch der Prinzipalität sagen, daß sie tarifliche Pflichten hat. Redner erläutert dies an konkreten Beispielen. Weiter wendet sich Redner gegen Vorwürfe des Kollegen Schliebs und betont hierbei, daß die Leipziger Gehilfen sich nicht gegen die Tarifinstitutionen, sondern gegen unsere Vertreter gewandt hätten, die ihre Pflichten nicht getan haben. Redner erklärt, daß die Leipziger Vertreter den Antrag auf Abschluß des Tarifvertrages von Organisation zu Organisation zurückgezogen hätten, da man nach den gemachten Darlegungen erst den Standpunkt der Prinzipalität abzuwarten habe. Zur Hilfsarbeiterfrage bemerkt Redner, daß in Leipzig die Gehilfenchaft damit sehr viel zu tun habe, da wir uns in bestimmten Fällen mit den Hilfsarbeitern solidarisch erklärt haben.

Fuchs-Mannheim tritt für Tarifrevision und für den Stuttgarter Antrag ein.

Nach einer erregten Geschäftsordnungsdebatte wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Zu persönlichen Bemerkungen sprechen Steinbrück-Dresden, der die Verhältnisse bei der Firma Dietrich erläutert und den Standpunkt der Dresdener Gehilfenleitung verteidigt, Weber-Berlin, Musjtal-Berlin, Bopp-

Berlin, Kirchner-Stettin, Engel-Berlin. Vogenitz-Leipzig erklärt, daß er keinem Prinzipale ein Vertrauensvotum ausgestellt habe, lediglich eine Höflichkeitssphäre habe er gebraucht. Daß ich kein Vertrauensvotum jenem Prinzipale ausgestellt, geht daraus hervor, daß ich in genannter Sitzung mit jenem Prinzipale arg zusammengefallen bin. Zu weiteren persönlichen Bemerkungen äußern sich noch Born-Düsseldorf und Reismüller-Wien, der energisch bestritten, zugegeben zu haben, daß in Oesterreich die Verhältnisse schlechter sind als in Deutschland. Redner habe nur erklärt, daß es ihn eigentümlich berührt, wenn ein ehemaliger Oesterreicher so wegwerfend, wie es Engel getan, von seinen ehemaligen Kollegen und Landsleuten spricht.

Schliebs-Berlin nimmt hierauf das Schlusswort, in dem er sich zunächst gegen Engel wendet, welcher eine völlig falsche Auffassung über die Schiedsgerichte geäußert, und meint weiter gegenüber Weber, daß eine Beilegung der Tarifgemeinschaft wohl eine arge Zersplitterung der Gehilfenorganisation zur Folge haben müsse. Die Auffassung Webers, daß mit der Tarifgemeinschaft eine gewerkschaftliche Laubzeit unter den Mitgliedern eingetreten, bestritt Redner auf Grund seiner langjährigen Erfahrungen. Im weiteren behandelt Redner Vorgänge bei dem Berliner Schiedsgerichte, geht auf die Verhältnisse beim Berliner Arbeitsnachweise ein, weist Tarifwidrigkeiten bei den Gehilfen und bei den Prinzipalen nach, wogegen das Schiedsgericht verurteilende Erkenntnisse ergab, weist die Unterchiebung Webers zurück, als habe er (Redner) das Berliner Minimum als zu hoch bezeichnet, stellt einige irrtümliche Auffassungen des Kollegen Grafmann richtig und meint gegenüber Massini, daß die „herzergewidene Sprache“ eines Organs nicht den Gehilfen materielle Vorteile bringe. Redner erläutert sodann die Berliner Verhältnisse, soweit sie sich auf das Berechnen beziehen, behandelt die Berliner Adreßbuchangelegenheit und weist in dieser Sache unberechtigte Vorwürfe Massinis zurück, sowie auch in bezug auf andere gewerkschaftliche Vorgänge. Massini hat im Falle Borchardt behauptet, daß Redner dazu beigetragen habe, daß diese Firma Gutenbergbinder einstellen konnte. Schliebs weist nach, daß diese Behauptung Massinis der inneren Wahrheit entfere. Weitere Ausführungen des Kollegen Schliebs rechtfertigen dies in überzeugender Weise. Redner bebauert, daß in der Diskussion von den Berliner Kollegen zu vernünftigen war, worin denn eigentlich ihr neues Reformprogramm bestehe. Ihre Kritik bewegte sich an der Oberfläche. Es wäre zu wünschen, daß die radikalsten Kollegen in das Tarifarnt gewälft werden möchten; man möge doch Massini als Gehilfenvertreter wählen, dann würde er die Schwierigkeiten der tariflichen Arbeit erst kennen lernen. Redner appelliert an die betreffenden Kollegen, daß sie wohl nur eingesehen haben werden, daß ihr Sturmlauf gegen die Tariforganisation ein Sturm im Glase Wasser war. Es ist zu wünschen, und ich bitte, daß wir in Zukunft wieder einig zusammenarbeiten möchten!

Als faktische Erklärung führt Bonifaz-Berlin an: Ich stelle Schliebs gegenüber fest, daß die Mitglieder des Berliner Schiedsgerichtes nicht abgesetzt worden sind, sondern nach Ablauf der Amtsperiode nicht wieder gewählt wurden. Faktisch erklärt ferner Schliebs-Berlin: Ich stelle fest, daß es nicht infolge Schliebs der Vertrauensmänner vorgekommen ist, daß unmotivierte Klagen in dieser Beziehung in großer Zahl beim Berliner Schiedsgerichte eingelaufen sind. Bei fünfzehn Sitzungen sind achtzehn derartige Klagen anhängig gemacht, von denen nur sechs abgewiesen wurden und dabei eine mit Stimmengleichheit.

Zu persönlichen Bemerkungen äußern sich noch Massini-Berlin und Seig-München.

Die Resolution wird sodann einstimmig angenommen.

Rezhäuser erklärt, daß er bezüglich der ihm gemachten Vorwürfe beim Punkte VII der Tagesordnung zurückkommen werde.

Döblin wendet sich dagegen, daß der Berichterstatter der Arbeiterpresse, der unser Kollege ist, seinem subjektiven Empfinden zu starkem Ausdruck gebe, was nach außen einen falschen Eindruck erwecken muß.

Es wird sodann beschloffen, die Hilfsarbeiterfrage zunächst zu behandeln. (Auf Antrag Seiz wird eine Redezeit von zehn Minuten beschloffen.)

Muffial-Berlin hält es nicht für praktisch, diese Frage öffentlich zu behandeln. In seinen Ausführungen stellt Redner fest, daß seitens der „Solidarität“ und der „Graphischen Presse“ das Solidaritätsgefühl der Buchdrucker bezweifelt wird, und daß man mit der dort beliebten Kritik eine ganz unnötige Beweisschärfererei unternähme, zudem die Hilfsarbeiter von der Buchdruckerorganisation viel gelernt und viel zu lernen haben. In einseitiger Weise wird in der „Solidarität“ Stellung zur Gaudoviererkonferenz genommen und vom „Corr.“ eine Beurteilung der Anwesenheit des Kommerzienrates Bizenstein auf der Gaudoviererkonferenz verlangt. Wenn man von uns Konzeptionen verlangt, dann darf man uns nicht mit Schmutz beweseln, ganz abgesehen davon, daß auch von den Erzeugnissen der Buchdrucker die Hilfsarbeiter profitiert haben. Redner spricht in langen Ausführungen gegen das Verhalten der Hilfsarbeiter.

Frau Paula Thiede-Berlin (Vorführende der Hilfsarbeiterorganisation) erklärt, in Berlin seien allein 2800 organisierte Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, von denen die Mehrzahl ihr Leben lang in den Buchdruckereien arbeitet. Man hätte gern einen Tarif abgeschlossen, aber die Unternehmer haben nicht gewillt. Unsere Erfolge haben wir lediglich dem Arbeitsnachweise der Organisation zu danken. Rednerin gibt eine eingehende Schilderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berliner Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen und geht dann in ähnlicher Weise auf die Verhältnisse in Leipzig, München, Hannover und Kassel ein. Rednerin schildert ihre aus eigener Kraft sich in die Höhe gearbeitete Organisation, die verlangen müsse, daß die Buchdrucker nicht mit Streikbrechern zusammenarbeiten, wie dies wiederholt bei Streiks von Hilfsarbeiterinnen der Fall war.

Eißler-Berlin hätte gewünscht, daß der liebenswürdige Ton der Frau Thiede auch auf dem Kongresse hätte walten mögen, dem anzuzuhören er das zweifelhafte Vergnügen hatte. Wenn auf Vorgänge wie in Hannover und Berlin hingewiesen würde, so muß man fragen, wo liegt denn eigentlich die Wahrheit? Man muß leider erfahren, daß man vielfach unbegründet die schwersten Vorwürfe gegen die Buchdrucker erhebt, wie dies auch auf dem Kongresse der Hilfsarbeiter geschahen. Ferner darf man nicht vergessen, daß der Maschinenmeister der Verantwortung ist, so daß man die verlangte Gleichberechtigung doch noch etwas hinausschieben muß. Es sei eine Schmach, daß auf dem Kongresse ein Kollege die Anwürfe gegen die Buchdrucker unterstützt habe. Die Situationen sind an den einzelnen Orten verschieden, weshalb ist es erklärlich, daß man in Berlin keine große Liebe einem allgemeinen Tarifvertrage entgegenbringt. Da nun alle drei in Betracht kommenden Organisationen Tarifverträge besitzen, so ist die Lage besonders schwierig. Wir werden alles im Bereiche der Möglichkeit Liegende tun, aber die auf diesem Kongresse gefasste Resolution werden wir nicht akzeptieren. Die Hilfsarbeiter haben uns verschleudert Dienste geleistet, ohne uns aber aus tatsächlichen Gründen dazu zwingen zu lassen, bei einem Streit von Sehern und Druckern das Hilfspersonal mit herauszugreifen. Da könnten wir unter Umständen dem Prinzipale einen Gefallen tun. Redner wendet sich dann gegen den in der Arbeiterpresse stehenden Kongressbericht, dessen einzelne Sätze Redner verliest und dabei hinweist, daß er nicht im entferntesten das gesagt hat, was in den Berichten steht. Redner verwahrt sich ausdrücklich dagegen, daß bei den Berichten in einseitigster Weise Zeilen geschrieben werden; wir müssen verlangen, daß in objektiver Weise berichtet wird und nicht in einseitigster parteipolitischen Weise.

Schleffler-Berlin sagt, man müsse klipp und klar erklären, ob durch einen Tarifvertrag unser natürliches Solidaritätsgefühl ausgeschaltet werden darf. Wer sich bei Streiks der Hilfsarbeiter nicht solidarisch erkläre, müsse eben als Streikbrecher betrachtet werden.

Loth-Berlin (Vorführende der Buchbinderorganisation) geht auf die einst beabsichtigte Union ein, aber trotzdem müsse auch ein Zusammengehen der graphischen Berufe erreicht werden. Von den Buchdruckern sei zu wünschen, daß sie die Hilfsarbeiter zu der Organisation heranziehen.

Kräfte-Berlin schildert, wie unangenehm gerade die Lage der Maschinenmeister ist, die den Hilfsarbeitern und der Geschäftseitung gerecht werden sollen. Redner stellt fest, daß die Buchdrucker den Hilfsarbeitern in vielen Fällen nützlich gewesen sind.

Sillier (Vorführende des Verbandes der Lithographen und Steindrucker) erklärt, daß er auf dem Standpunkte des Reserenten stehe, ohne dessen Empfindlichkeit zu besitzen. Im ganzen muß von Fall zu Fall unterzucht werden, ob wir uns an einem Streik beteiligen können.

Fritzsch-Gannover erklärt, daß wir verpflichtet sind, für die Hilfsarbeiter mit einzutreten. Redner erklärt, daß in Hannover in den Geschäftsbilderefabriken der Neunhundert durch die übrigen graphischen Berufe mit erungen worden ist. Im weiteren geht Redner auf den hannoverschen Fall (siehe „Corr.“ Nr. 128 von 1904) ein, der auf dem Hilfsarbeiterkongresse eine große Rolle gespielt, wobei die unberechtigten Vorwürfe gegen die Buchdrucker erhoben worden sind.

Fiedler-Breslau meint, daß trotz aller Unterstützung der Hilfsarbeiter die Buchdrucker viel Unbunt geerntet haben.

Döblin weist auf die Schwierigkeiten hin, die sich hier bieten; wir können nicht in Bauch und Bogen jedes Vorgehen der Hilfsarbeiter unterstützen. Man muß von Fall zu Fall prüfen, ob ein einheitliches Vorgehen zu erfolgen hat. Redner verliest eine Resolution, wonach der Zentralvorstand als letzte Instanz zu entscheiden hat, wenn Buchdrucker bei einem solchen Vorgehen mit in Betracht kommen.

Schulze-Leipzig (Hilfsarbeiter) erklärt die Vorkommnisse in Leipzig und erklärt weiterhin, er sei schon 1902 im „Corr.“ angegriffen worden. (Von wem, sagt Redner nicht! D. B.) Redner erörtert den Fall Klinkhardt, der auch den Buchdruckern zeige, was diese zu tun hätten.

Löschke-Halle schildert seine Beobachtungen als stiller Teilnehmer an dem Kongresse der Hilfsarbeiter, der nicht zur Förderung der Interessen der Hilfsarbeiter, sondern zu einer regelrechten Abschlagung der Buchdrucker diene.

Mrow-Bielefeld schildert die Verhältnisse der Hilfsarbeiterinnen in den mittleren Druckstädten und bestreitet, daß dort die Löhne so schlecht seien wie Frau Thiede behauptet. Auch sei hier die Fluktuation sehr groß. Die Resolution Döblin sei das äußerste, dem wir zustimmen können.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Frau Thiede macht noch einige Richtigstellungen bezüglich der Ausführungen einzelner Redner und erweitert ihre ersten Ausführungen.

Zu dem Antrage Döblin gibt dieser noch die Erklärung ab, daß bei unvorhergesehenen Ereignissen die Genehmigung des Zentralvorstandes zu einem Vorgehen nachträglich einzuholen ist.

Einmütig angenommen wurde dann folgende Resolution Döblin:

Die Generalversammlung erklärt es als selbstverständliche Pflicht der Mitglieder, die Bestrebungen der Hilfsarbeiter zur Hebung ihrer Lage zu unterstützen. Ein aktives Eintreten der Mitglieder zur Unterstützung der Forderungen der Hilfsarbeiter kann jedoch nur nach vorheriger Zustimmung des Verbandsvorstandes erfolgen.

Faktisch bemerkt Seiz-München: In dem Falle München ist zu bemerken: daß seitens der Hilfsarbeiterorganisation nicht Beteiligung am Streik, sondern nur Verweigerung von Hilfsarbeiterarbeit verlangt wurde. Dem ist vollständig Rechnung getragen worden. Festzustellen ist weiter noch, daß uns erst Kenntnis von der Bewegung gegeben wurde, nachdem die Stellen der Ausgetretenen bereits besetzt waren.

Zu dem nunmehr folgenden Punkte III der Tagesordnung: „Beratung der Abänderungsanträge zum Statut“, nimmt Eißler das Wort und bebauert, daß eine solche Unmasse Unterstützungsanträge gestellt ist. Das fortgesetzte Hinausschieben der Unterstützungsfrage hat einmal die Folge, daß wir dadurch eine Spezies Kollegen an die Organisation gefesselt haben werden, welche die Arbeit nur benutzen, um die Aussteuerung zu verhindern. Redner begründet zunächst den Antrag des Vorstandes:

Dem Absatz 6 ist am Schlusse anzufügen: „Die erhöhte Unterstützung von 1,25 Mk. pro Tag jedoch erst dann, wenn von den insgesamt geforderten 75 Wochenbeiträgen in Kontribution mindestens 26 Wochenbeiträge in Deutschland gezahlt sind. Auf die Mitglieder des Elsaß-Lothringischen Verbandes findet diese Bestimmung keine Anwendung.“

Dann wendet sich Redner gegen den Antrag auf Abschaffung des Reiszwanges, was dem Verbandsungeheure Kosten verursache. Zum Zuschußklassenwesen erklärt Redner, daß mit einer kleinen Erhöhung der Verbandsunterstützung das Zuschußklassenwesen nicht aus der Welt geschafft werden, das in Rheinland-Westfalen z. B. den gewerkschaftlichen Charakter nahezu verloren mache. Auch im Gau Württemberg bestele wie in keinem zweiten ein ausgebildetes Zuschußklassenwesen. Dann solle in der Ortsunterstützung eine Zwischenstufe von 30 Wochen geschaffen werden, was etwa 25—30000 Mk. Mehrausgabe machen und neben der Erhöhung des Sterbegebells eine Beitragserhöhung bedingen würde. Bezüglich der Unterstützung nach § 2 stehe der Verbandsvorstand heute noch auf dem Standpunkte, daß dieser Zweig gegenwärtig zu beseitigen sei. Zu den Umzugskosten bemerkt Redner, daß diese Unterstützung zu einer nicht zu unterschätzenden Höhe angewachsen ist. Von 4000 Mk. sei sie auf 20000 Mk. pro Jahr gestiegen. Es sei bedenklich, die freiwilligen Umzüge gleich hoch zu entschädigen, da sich hier bedenkliche Symptome gezeigt haben. Es ist dringend anzuraten, daß bei freiwilligen Umzügen die größte Vorsicht zu walten hat. Die Hälfte sämtlicher Umzüge sind freiwillig. Bei Annahme dieses Antrages würden wir jährlich etwa 15000 Mark mehr auszugeben haben. Redner geht dann auf die Anträge zur Witwenrente ein, wo erfreulicherweise in der Kollegenstafel ein Umschwung im Interesse des Verbandes eingetreten sei. (Der Redner hat bemerklich seinen Standpunkt umfänglich schon im „Corr.“ dargelegt. D. B.) Die Anträge auf Erhöhung des Sterbegebells nach der Leipziger Skala (bis zu 800 Mk.) würden uns im Jahre 1904 153000 Mk. Ausgaben, also ein Mehr von 140000 Mark verursachen. Von 13 bis 100 Beiträgen soll das Sterbegebell nach der Vorlage des Vorstandes, die Eißler-Verleß, 50 Mk. betragen und bei 1000 Beiträgen soll ein Höchststerbegebell von 500 Mk. gewährt werden. Der Antrag aus Rheinland-Westfalen geht ins Ungewöhnliche, wonach bei 100 Beitragswochen je 75 Mk. gewährt werden sollen bei einem Beitrage von 5 Mk. pro 75 Mk. Redner bezeichnet

diesen Antrag als einen groben Irrtum. Nach der Aufstellung des Vorstandes ist in den 90er Jahren ein Drittel von den Beigetretenen der Organisation wieder verloren gegangen, in den letzten fünf Jahren kommt auf vier Beitritte ein Austritt oder Ausschuß. Somit würde hier wenig Einfluß auf den Antrag gewonnen werden, der dadurch undurchführbar wird. Redner empfiehlt den Antrag des Vorstandes. Bezüglich der Unterstützung an dauernd Erwerbsunfähige begründet Redner folgenden Antrag des Vorstandes:

Zu § 1. Absatz 1 mit den Unterabteilungen 1, 2 und 3 ist in seiner jetzigen Fassung zu streichen und dafür zu setzen:

§ 1. Das Recht auf vorgenannte Unterstützung wird erworben:

1. wenn der Beitritt innerhalb des ersten Jahres nach beendeter Lehrzeit erfolgt nach Leistung von 250 Beiträgen;
2. wenn der Beitritt nach Ablauf eines Jahres erfolgt, nach Leistung von 500 Beiträgen;
3. wenn der Beitritt erst nach Ablauf von fünf Jahren erfolgt, nach Leistung von 750 Beiträgen.

Von diesem Antrage erhofft der Redner eine Besserung des bisherigen Verhältnisses. Nach längerer, eingehender Begründung resumiert Redner, daß es sich für uns nur um eine Erhöhung des Sterbegebells und der Schaffung einer Zwischenstufe von 30 Wochen bei der Ortsunterstützung handeln kann; aber auch hierdurch sei schon eine Beitragserhöhung notwendig. Redner empfiehlt, die vorliegenden Anträge einer Kommission zu überweisen, die dann der Versammlung einen Entwurf vorzulegen hat. Wir gehen ersten Zeiten entgegen, das möge man berücksichtigen.

Schleffler-Berlin beantragt, von einer Diskussion abzusehen und empfiehlt die Wahl einer Kommission von sieben Personen. Zeh-Mainz verlangt neun Personen. Seiz-München verlangt, daß der Kommission bestimmte Direktiven gegeben werden, z. B. ob man einer Beitragserhöhung zustimmen will oder nicht. Scherzer-Fürth erklärt sich gegen die Bildung einer Kommission in Anbetracht der gestellten Anträge, soweit das Zuschußwesen davon betroffen wird. Deshalb müsse hierüber erst eine Diskussion herbeigeführt werden.

Es wird beschloffen, die Kommissionsmitglieder aus elf Gauen zu bestimmen.

Sodann wird in Anbetracht der Lage, in der sich unsere österreichischen Kollegen befinden, vom Kollegen Klapproth-Hannover eine Sympathieerklärung begründet, die auch angenommen wird und folgenden Wortlaut hat:

Die Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hat von dem Abbruche der Tarifverhandlungen in Oesterreich seitens der Gehilfenvertreter Kenntnis genommen; sie erklärt, daß sie dieses Vorgehen vollständig billigt, bringt der österreichischen Kollegen ihre vollen Sympathien zum Ausdruck, und sichert ihr, falls die Prinzipalität an ihrer die Interessen der Gesamtgehilfenchaft schwer schädigenden Forderung festhält, die weitgehendste Solidarität zu.

Kollege Reimüller-Wien (Obmann des österreichischen Verbandes) dankt im Namen der österreichischen Kollegen für diese Sympathieumgebung der deutschen Kollegen.

Folgende Begrüßungsgramme sind noch eingegangen: Den Männern von Süden, Norden, Ost und Westen, — Senden von den Ufern des Rheines zu den Verhandlungen der Gläubigen besten! Bezirksverein Mainz.

Den Generalversammlungsbelegierten kollegialen Gruß, den Verhandlungen besten Erfolg! Mitgliedschaft Krefeld. Gedeihlichen Fortgang der Verhandlungen zum Wohle der Organisation wünscht Ortsverein Bromberg.

Glied wünschen wir und Segen, — In Dresden allerwegen, — Den Größten vom Verbands — Aus unserm deutschen Lande! — Mög' ihnen leicht gelingen — Das große Werk vollbringen! — Dies rufen aus der Ferne — Cohn, Koch und Vogel gerne. Bamern.

* * *

Dresden, 23. Juni 1905.

Fünfter Tag.

Bei der Eröffnung der Sitzung teilt Döblin mit, daß die Kommission zur Beratung der Anträge zum Statut und den Vorstandsbeschlüssen aus folgenden Mitgliedern besteht: Faber-Berlin, Bülth-München, Bogentz-Leipzig, Müller-Essen, Schlag-Breslau, Demuth-Hamburg, Nie-Stuttgart, Fußs-Mannheim, Reichner-Stettin, Klapproth-Hannover, Steinbrück-Dresden.

Darauf wird beschloffen, den Punkt der Tagesordnung, der den „Correspondent“ betrifft, zunächst zu behandeln. Ferner wird die Beschränkung der Redezeit aufgehoben.

Als erster Redner führt Weber-Berlin aus: Es handelt sich um eine der Fragen, die für das Leben unserer Organisation von entscheidender Bedeutung sind. Unser Blatt soll Mitglieder werden, sie erziehen und den Willen der Organisation zum Ausdruck bringen. Wie ist der „Corr.“ dieser Aufgabe nachzukommen?

Auf dem Gewerkschaftskongresse in Stuttgart, dessen Tagungen sich zum Teile auch mit der Haltung des „Corr.“ befaßten, wurde eine Resolution beantragt, die lautete: „Der Gewerkschaftskongress spricht die Hoffnung aus, daß der „Corr.“ der Buchdrucker zukünftig die Angriffe unterlassen wird, die sich gegen die gesamte sozialdemokratische Partei richten; er erwartet aber auch ferner, daß seitens der sozialdemokratischen Parteipresse alle Angriffe gegen

den Buchdruckerverband eingestellt werden.“ Rezhäuser selbst hat damals empfohlen, „die Resolution als gegenstandslos zu betrachten, es sei ja allgemein der Wunsch ausgeprochen, daß ein friedliches Verhältnis hergestellt wird. Beide Teile hätten überdies das Bestreben, Frieden zu haben. Mit der Resolution renne man offene Türen ein. Er habe nicht das Bedürfnis, Differenzen mit der Sozialdemokratie heranzurufen.“ Wie hat Rezhäuser das gehalten? Zu einer Zeit, wo die Reden in Breslau, Essen usw. gehalten worden sind, zu einer Zeit, wo im Reichstage gegen die Verteuerung der Lebensmittel ein heftiger Kampf geführt worden ist, in der alle Gewerkschaftsblätter die Pflicht fühlten, diesen Kampf zu unterstützen — da wehste für Rezhäuser Frühlingsluft, da erschien der Artikel „Die Probe aufs Exempel“. Neben stellt die diesbezüglichen Vorgänge dar. Rezhäuser habe sich bemüht gefühlt, im Tone der bürgerlichen Blätter von sozialdemokratischen Bierwirten zu sprechen und mit ähnlichen Schlagworten zu operieren. Sozialdemokratische Redakteure hat er allerdings vergessen, weil das auch auf ihn als Redakteur zurückgefallen sein würde. Das Wertwichtigste ist, daß damals in Düsseldorf (es handelte sich um die dortigen Kommunalwahlen) eben ein solcher Bierwirt aufgestellt war. Die sozialdemokratischen Bierwirte haben für die Arbeiter mindestens so viel getan wie Rezhäuser. Einen Schriftsteller, wie er sich es vielleicht denkt, dort aufzustellen, sei ja gar nicht möglich, weil der durch seine Lage außerhalb sei, ein Amt als Gemeindevorsteher wirksam auszufüllen. Die Schlussfolgerung Rezhäusers aber war: Was lehrt uns das in der Parteipresse und auch von der Gewerkschaftspresse — mit rühmlichen Ausnahmen — totgeschwiegenen Resultat der Wahl in Düsseldorf? Daß von der Gewerkschaftspresse alle Arbeiterinteressen vertreten werden können. Das grenzt an Verrat! Als der Sturm losbrach, mußte der Zentralvorstand dazu Stellung nehmen. Er erklärte, daß auch er dem Kollegen Rezhäuser Vorkleinerungen gemacht und ihm aufgegeben habe, die gefassten Beschlüsse zu respektieren. Er gab die Erklärung ab, daß er vorläufig darauf verzichte, seine Meinung zu propagieren. Ist das ehrlich? Nur vorläufig wollte er sich fügen, bei passender Gelegenheit kommt er damit wieder. Es ist zwar eine alte Wahrheit: mit Titeln macht man Menschen tot. Wenn ich aber Rezhäuser zittern wollte, könnte ich beweisen, daß er in allen Farben schillert; jetzt ist er Demokrat. Seine Anschauungen außerhalb des Gewerkschaftsorgans darzulegen, würde Rezhäuser niemand verwehren. Aber in unseren Organen muß er unsere Meinung respektieren. Redner beschwert sich darüber, daß die Redaktion den Kritiken Janny Jmles, die jetzt bei den Christlichen angelangt ist, Aufmerksamkeit gewährt habe. Das tat Rezhäuser, weil die Schlussfolgerungen jener Artikel seiner eigenen Meinung entsprachen. Rezhäuser hat immer wieder von hinten her gegen die Ueberzeugung gekämpft, daß die Sozialdemokratie die Arbeiterinteressen vertritt. Die Maßfeier beschweigt er jetzt ganz und gar; die Maßfeier ist ihm eben eine Demonstration; die auch wesentlich von der Sozialdemokratie getragen ist. Auch die Haltung, die Rezhäuser zu den Kollegen persönlich einnimmt, fordert zur Kritik heraus. Verschiedene Mitgliedschaften haben gegen ihn Stellung nehmen müssen. Wenn Rezhäuser gegen die Prinzipale so schreiben würde wie gegen die Kollegen, so würde er uns einen besseren Dienst erweisen. Redner bespricht die Artikel über die Delegiertenwahlen zur Generalversammlung. Er fühle sich nicht beleidigt, aber der Artikel hätte zurückgestellt werden müssen. Es sei mit ihm einem ganzen Gau eine Schmach angetan worden. Man schimpft über den Gutenbergsbund. Wie ist aber auf der anderen Seite die Haltung gegen die Bündler? Wenn man einen Fisch geangelt hat aus jenem Teiche, dann ist er auf einmal ganz befähigt zu einem guten Gewerkschaftler. Unterholzer durfte, nachdem er erst ganz kurze Zeit im Verbandsaue, 137, Spalten des „Corr.“ füllten. Rezhäuser hat in der letzten Periode verstimmt, auch denen gerecht zu werden, die Gegner seiner Meinung sind. Im „Corr.“ propagiert er seine eigene Meinung. Wenn er für Neutralität sein will, kann er nicht immer wieder der Sozialdemokratie eins auszuwickeln wollen. Er darf auch die Mitglieder nicht anpöbeln und muß ihnen das Recht einer Kritik seiner Redaktions-tätigkeit zugestehen.

Wächter. Ich bin mit der gewerkschaftlichen Haltung des „Corr.“ einverstanden, aber nicht mit der Haltung gegen die Partei. In Bezug auf die Maßfeier jedoch hat die Redaktion tatsächlich recht. Zu ihrer Stellungnahme ist die Redaktion auch oft gezwungen worden. Wenn 1896 die Gegenstände nicht so aufeinander geplagt wären, hätten wir mit viel mehr Mühe die Tarifgemeinschaft diskutieren können, und der „Corr.“ wäre nicht gezwungen gewesen, sie so mit prinzipieller Schärfe zu vertreten. Mit den Kollegen aber könnte man ohne persönliche Empfindlichkeit verfahren. Wer an der Spitze steht, muß Kritik vertragen. Redner beschwert sich über den bekannten Fall des „Abstinenter Arbeiters“. Auch dem Kollegen Massini sei nach der Gavoursteherkonferenz in anzüglicher Weise gesagt worden, er werde hoffentlich die gefasste Resolution nicht als geschwätztes Papier betrachten. Damit sei es dem Unterlegenen schwer gemacht worden, über die Sache hinwegzukommen. Ich habe das als ausgesetzte Possen angesehen. Im Briefkasten werden Antworten gegeben, die allerdings den Briefkasten interessant machen. Es wird immer zuerst der Briefkasten gelesen. Man sollte Angelegenheiten, die nur zwischen Personen spielen, brieflich abmachen, statt sie so drastisch in der Öffentlichkeit breitzutreten. (Rezhäuser: Da müßten wir ein halbes

Duzend Hilfskräfte anstellen!) Ich würde bereit sein, für eine Hilfskraft zu stimmen. Die Kosten dafür würden aufgewogen durch das, was verschütt wird. Oft betrifft es unerfahrene Kollegen, die man vor den Kopf stößt. Und die Radikalen? Sie sind nicht die schlauesten; sie drängen nach vorwärts! Diejenigen, welche Kraftnaturen sind, braucht man deshalb nicht als minderwertig zu behandeln. Den Verbandsfunktionären wird die Arbeit durch die Haltung des „Corr.“ erschwert.

Fiedler-Breslau: Rezhäuser könnte ja allerdings mandalim eine andere Haltung einnehmen, und ich möchte ihn auch bitten, uns nicht in Widerspruch mit der Arbeiterschaft zu bringen. Wenn freilich Angriffe kommen, muß er sich, müssen wir uns wehren. Ich erinnere nur an die Notiz der „Leipziger Volkszeitung“ über das Härteledenkmal. Auch die andre Seite muß eben dazu beitragen, daß die Spannung verringert wird. Es muß bei uns auch darauf Rücksicht genommen werden, daß wir nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Kollegen anderer Gesinnung im Verbands haben. Ich habe im Namen des Gaus Schlesien zu erklären, daß derselbe im allgemeinen mit der Haltung des „Corr.“ einverstanden ist. Was den Ton betrifft, so ist der gegen Rezhäuser geübte auch nicht immer der beste. Ich habe neulich von einem Manne gelesen, der, wenn er zornig war, immer erst bis hundert zählte, ehe er die Antwort gab. (Rezhäuser: Da käme ich aus dem Zählen nicht heraus!) So sollte auch Rezhäuser verfahren. Ich bin beauftragt, ihn zu bitten, gegen die Kollegen einen andern Ton anzuschlagen. Im übrigen können wir uns seinen bessern Redakteur wünschen.

Heißmann-Flensburg: Ich plädiere von vornherein dafür, Rezhäuser mit derben Umständen zuzubilligen. Redner meint, Rezhäuser solle mit den Kollegen in angemeinerer Weise auszukommen suchen, als es geschehe. Auch er erklärt sich dafür, gewisse Sachen durch Korrespondenzen und nicht durch den Briefkasten zu erledigen. Mit der Stellung zur Abstinenzbewegung sei er nicht einverstanden, denn auch unser Unterstützungswesen werde durch den Alkohol belastet. Ueber die Delegiertenwahlen sei geschrieben worden, ohne daß man sich ordentlich informiert habe. Er werde für die Wiederwahl Rezhäusers stimmen. Dieser möge in den nächsten drei Jahren dafür sorgen, daß der Friede nicht gestört, sondern gefördert werde.

Reichardt-Nürnberg bringt einzelne Beschwerden der Nürnberger Mitgliedschaft vor. Unter anderem wünscht er, daß für die Kollegen der Druckerei, in der unser Blatt gedruckt wird, für ausreichende Ferien gesorgt wird. Auch wünscht er die Frage erwogen zu sehen, ob man nicht die Aufnahme von Annoncen im „Corr.“ vermeiden könne, in denen kleine Druckereien für wenig hundert Mark ausgeben werden. Mander Kollege falle darauf hinein, komme in unhaltbare Lage, und aus dem besten Kollegen werde schließlich der ärgste Tarifhänder.

Dreier-Hamburg: Wer glaubt hat, nach dem Stuttgarter Kongresse werde ein besseres Verhältnis eintreten, hat sich getäuscht. Seit Kraßs Eintritt sei ein Geist eingeblasen, der uns nicht dienlich ist. Rezhäusers Redtfaberei geht ins Unermessliche. Wenn jemand eine andere Meinung hat, wird er niedergedrückt, daß es nur so eine Art habe. (Rezhäuser: Beweise!) Rezhäuser solle sich einer andern Art befleißigen, dann würden auch die Anträge gegen ihn nicht wiederkehren.

Hildenbrandt-Stuttgart: Es wird gegen einen Redakteur manchmal etwas vorgebracht, das ihn zwingt, zu antworten. Aber er soll erst eine Nacht darüber schlafen. Das sollte auch Rezhäuser tun. Wir haben in München bei aller Schärfe die Sachlichkeit nicht vermissen lassen und konnten glauben, daß Rezhäuser sich dem nicht entziehen werde. Rezhäuser hat sich aber gar nicht bemüht, die Generalversammlung zu respektieren. Ein Beispiel: Wir hatten in München für Rezhäusers Wiederwahl gestimmt, waren sogar auch mit für Erhöhung seines Gehalts eingetreten. Wir waren überzeugt, jetzt werde ein ruhiges Arbeiten möglich sein. Aber schon in der Vorgesprächung der Generalversammlung in der Nummer vom 16. Juli 1902 erfolgte ein Angriff. Rezhäuser schrieb damals: „Den Redor haben aber München und Stuttgart geschlagen, in letztem Orte mußte sogar eine zweite Versammlung einberufen werden, weil von 1100 Mitgliedern ganze 50 bis 60 Mann erschienen waren. Ob in Stuttgart das Auftreten der Kollegen Feuerstein und Hildenbrandt die Zustimmung der Menge findet? Wir glauben es kaum, halten vielmehr dafür, daß die Stuttgarter Kollegen sich nur für große Sachen engagieren, dann aber auch ins volle gehen, wie der staunenden Welt bewiesen mit der grandiosen Leistung von 86 Anträgen zur Tarifrevision von 400 gestellten überhaupt. Nebenbei haben die Stuttgarter Kollegen auch vollauf zu tun als Wächter auf der Zinne. Der Eifer, mit dem man dort unten in der weinunkränzten Schwabenresidenz über die prinzipielle Sittenvreinheit und das klaffenbewußte Wohlverhalten des Hauptvorstandes und des „Corr.“ macht, hat neben seiner komischen Wirkung aber auch noch die vollendetste Interesslosigkeit an den Organisationsfragen im allgemeinen zur traurigen Folge gehabt.“ Bei einer Höhe von 24 bis 28 Grad im Schatten war es kein Wunder, daß die Versammlung so schwach besucht war. Aber Rezhäuser knüpft im Zorne über unsre Kritik Bemerkungen daran, welche die Stuttgarter Mitgliedschaft beleidigen. Hier haben Sie ein Symptom. Rezhäuser faßt alles persönlich auf und vergißt, an welcher Stelle er steht, daß auch er der Kritik unterworfen ist. Zu einem andern Artikel schrieb Rezhäuser, er werde auch jetzt noch immer so handeln, wie er es für richtig halte.

Er habe gesagt, wer den „Corr.“ angreift, schlage den Sack, den „Corr.“, und meine den Sack, den Verband. Er zog das Fazit aus der Münchener Generalversammlung, indem er sagte, die Gegner hätten gut abgemessen. (Rezhäuser: Ich habe erklärt, daß die Gegner des Verbandes, die außerhalb stehen, gut abgemessen, aber nicht, daß die Delegierten des Verbandes gemeint waren!) Rezhäuser hat die Münchener Resolution ein Verlegenheitsmittel genannt, die man faßt, um eine Sache zu einem guten Ende zu bringen. Ich möchte dem Kollegen Rezhäuser nicht wünschen, daß man hier die Konsequenzen daraus zieht. Ich meine nicht, daß in einem so großen Verbands wie dem unsern keine Meinungsverschiedenheiten entstehen sollen. Ich möchte nur, daß Rezhäuser aus meinen Worten die Lehre zieht, daß er es mit Gleichgesinnten, Gleichstrebenden zu tun hat. Wegen die Arbeiterpartei hat Rezhäuser sein Verhalten wirklich geändert. Aber es hat, wie es scheint, auch oft eine andre Instanz nachgeholfen. Die Unversämtheiten der „Leipziger Volkszeitung“ würde ich mir auch nicht haben gefallen lassen. Die Abwehr dagegen ist ganz angebracht. Es hat sich also gezeigt, daß es auch ohne Angriffe auf die Partei geht. Ich konstatiere das mit Genugtuung.

Becker-Dortmund: Neutral sei der „Corr.“ nur gegen die bürgerlichen Parteien, aber nicht gegen die Sozialdemokratie. Viel mag der heiße Boden in Leipzig, mögen die Unversämtheiten der „Leipziger Volkszeitung“ beigetragen haben, u. a. auch deren Verhalten bei Gelegenheit der Behandlung des Gounower Konsumvereinsbrotkretes. Aber wenn Rezhäuser sich gegen ein Blatt wehrt, greift er immer die ganze Partei an. Es wäre gut, den „Corr.“ von Leipzig wegzuverlegen. Nicht nach Berlin, da würde es jetzt bald nicht anders sein; nein, an einen ganz neutralen Platz. In dem Artikel „Die Bremer Woche“ mußten sich die Parteitag delegierten Belehungen erteilen lassen. Denselben hat aber nicht Rezhäuser, sondern Kraß geschrieben — Rezhäusers Famulus! Seit dieser — Mephisto hätte ich bald gesagt — in der Redaktion ist, ist das Verhältnis noch schlimmer. Redner bemängelt den Briefkasten und verbreitet sich über die Herausgabe der Schriftführer, deren es nach einem Artikel nur einen gegeben habe, der sein Amt verband, und der jetzt in der Redaktion sitze, spricht ferner über Berichte von Versammlungen in Hagen und Dortmund, ebenso über einen Bericht von einer Versammlung in Duisburg, in welcher von der bekannten Willton die Rede gewesen, die die Siebenerkommission der Ruhrbergleute angeblich aus unserer Verbandskassa habe entleihen wollen.

Rosenlehner-Bremen: Man soll nicht von misserben Umständen sprechen. Hat Rezhäuser den Verband geschädigt, soll man auch den Mut haben, die Konsequenz zu ziehen. Wir dürfen uns aber nicht als Staatsanwalt etablieren, sondern müssen als Richter das Für und Wider erwägen. Wenn man Rezhäuser sans fagon vernichten will... (Widerpruch), ja, das hat in manchen Reden gelegen. Weber hat weniger als Generalversammlungsdelegierter denn als Parteivertreter gesprochen. Man darf nicht immer und überall den Eindruck erwecken wollen, die Buchdrucker seien die Reaktionsäre in der Arbeiterbewegung; das habe ich aber aus der ganzen Rede Webers herausgefunden. Ich kann es Rezhäuser ganz gut nachfühlen, wenn er ausfällig wird; hat man ihn doch als Lumpen, Verräter und alles mögliche bezeichnet. Viele kennen nicht einmal den § 1 unsers Statuts und fühlten sich berufen, Rezhäuser Lehren zu erteilen. Auf der Gavoursteherkonferenz fiel Rezhäuser — was besonders den Fall Massini betraf — die Aufgabe zu, das Resümee zu ziehen. Er hat es übernommen, aber gleich gesagt, es werde nun natürlich wieder alles auf seinen Rücken kommen. Massini hat dann in Berlin auch nicht so berichtet, daß man es objektiv nennen konnte. Wenn Rezhäuser gesagt habe, daß, wenn die Tarifgemeinschaft aufhöre, das auch zur Auflösung des Verbandes führen müsse, so habe er nicht die tatsächliche Lage berücksichtigt. Seit 1891 sei der Verband so an Stärke und Mitteln gewachsen, daß nicht daran gedacht werden könne, ihn zu vernichten, zumal auch die Prinzipale sich nicht so stark fühlten. Das soll kein Scheit auf den Haufen für Rezhäuser sein, aber man muß mit solchen Verurteilungen vorsichtig sein, weil sie Verwirrung anrichten können. Im übrigen bin ich der Meinung: die beste Redaktion kann oft die größte Feindschaft von ihren Auftragebern und ihren Lesern ernten!

Graßmann-Essen: Abgesehen von meinen grundsätzlichen Bedenken über die Haltung zur Arbeiterbewegung im allgemeinen, muß ich sagen, daß Rezhäuser eine große Geschicklichkeit hat, sich Feinde zu machen. Redner geht auf die Schriftführer- und die Briefkastenfrage ein. Wenn man den „Corr.“ als Erziehungsmittel betrachtet, solle man sich in der Austragung persönlicher Differenzen mehr Beschränkung auferlegen. Wer auf der geistigen Höhe Rezhäusers steht, kann über Angriffe mit mehr Ruhe hinweggehen. Die Haltung zur Tarifgemeinschaft ist falsch. Wenn es wahr wäre, daß der Verband von Wohlwollen der Prinzipale abhängt, so hätte er seine Existenzberechtigung verloren. In der „Zeitchrift“ findet man nicht die Wortteile aufgezehrt, welche die Tarifgemeinschaft den Prinzipalen bringt. Das erzählen sie sich höchstens im vertrauten Kreise, aber nicht in der Öffentlichkeit. **Mylan-Leipzig** schildert die Entstehung und den Verlauf der bekannten Leipziger Vorgänge. Er bemängelt im besondern, daß die Redaktion einem Artikel des Geschäftsführers von Brandtsteller, Eublerich, Raum gegeben habe. Wenn auch die Redaktion glaubte, formell die

Pflicht zur Aufnahme desselben zu haben, so stehe es in der Arbeiterbewegung doch einzig da, daß man dem Vertreter eines Geschäftes gestatte, Maßnahmen eines Gewerkschaftsvorstandes zu kritisieren. Nebner wendet sich weiter gegen eine einem Berichtes Mylans beigelegte Bemerkung, Mylan habe wesentliches unterschlagen, sowie gegen eine Unterbrechung des Redaktionsleiters in der kürzlich erschienenen Broschüre, die die Zukunft des Verbandes liege. Redaktionsleiter habe dort erklärt, daß er gegen eine Verlegung von Leipzig sei, trotz der dortigen kollektiven Verhältnisse und obwohl er auf lange Zeit hinaus auf Besserung nicht hoffe. Nebner verwahrt sich dagegen, daß Redaktionsleiter von verunglückten Stülkungen gesprochen, sowie dagegen, daß Redaktionsleiter ihm vorwerfe, er propagiere die Grundzüge der „Leipziger Volkszeitung“. Er stimme in der Beurteilung derselben durchaus mit Becker überein. Wir mußten in Leipzig mit der allgemeinen Arbeiterbewegung wieder auf guten Fuß kommen. Die Redaktion hat diesem Bestreben aber nicht gebient. Wir sind in Leipzig nicht der aggressive Teil, das ist die Redaktion des „Corr.“ Sie schiebt uns andere Motive unter, als wir hatten.

Redaktionsleiter: Es kann nicht jeder einen Einblick herein haben, was bestimmend für die Tätigkeit eines Redakteurs ist. Der Redakteur ist durchaus nicht der Meinung, das Blatt sei sein Eigentum. Wenn das wäre, könnte ich manches ganz anders behandeln. Ich stehe zu allem, was ich für richtig halte, unter allen Umständen. Für meine Arbeit, die ich geleistet habe, habe ich nicht einen Gehaltsanspruch verdient. Die Schwierigkeiten der Redaktionsführung hat Hilbenbrandt zum Teile schon erwähnt. Die Redaktion muß oftmals rasch Stellung nehmen. Nimmt sie zu einer im Leben auftretenden neuen Erscheinung nicht sofort Stellung, wird sie gleich geäußert: Wo bleibt die Redaktion? Anders ist das bei Vorständen usw., die haben zu gemeinsamer Beratung Zeit. Wie war es mit der Hilfsarbeiterfrage? Niemand nahm Stellung; die Redaktion aber mußte es tun, und sie hat darauf schon gestern ihr Urteil erlassen. Ich bin erfreut über dasjenige aus der Diskussion, was einen sachlichen Kern hatte, was eine sachliche Aktion darstellt zum besten des Verbandes. Für alles, was der „Corr.“ schreibt, trage ich die preisgegebende Verantwortung, die moralische übernimmt für seine Arbeit der einzelne. Denn oft kommt es vor, daß Abhaltungen eintreten, die einen hindern, Fesseln zu begeben. Dann kommen Sie auf den Redakteur, und der Redakteur ist Redaktionsleiter. Ich bitte mich aber nicht so zu verstehen, als ob ich etwa die anderen preisgeben wollte. Heßmann sagte, ich solle das Geistige, Ideale fördern. Aber das können Sie nicht in das Prokrustesbett der mechanischen Form pressen. Die Arbeit des Redakteurs ist bei den Buchdruckern wesentlich schwerer als in jedem andern Falle. Anderswo ist der Redakteur der präsumtive Herrscher, bei uns jedoch hat er mit besonderen Schwierigkeiten zu rechnen. Und das erzeugt Urteile, die oft das Maß überschreiten. Wir haben ganz besondere organisatorische und andere Schwierigkeiten zu überwinden. Die Meinungsgegner der Tariftarifgemeinschaft kann unser Blatt nicht befehdigen. Dann wieder kommt einer, der sich als Sozialdemokrat versteht, hilft; gleich darauf ein anderer, den eine Notiz über den Katholikentag beleidigt hat. Und so fort. Auf der einen Seite wird der Redakteur angegriffen, wenn er seine Meinung sagt, auf der andern, wenn er sie nicht sagt. Wenn wir in tariflicher Beziehung nicht soweit gekommen sind, wie mancher wünscht, so sagt man nicht, daß das an der Lage des Gewerbes und des Verbandes liege, daran ist nur die Minderjährigkeit, die Verkümmertheit, die Kürzlichkeit der Redaktion schuld. Wie ist 1901 nur an den papierenen Galgen gehängt worden, mich hat man nachher in contumaciam wirklich gehängt. (Große Heiterkeit.) Die Lage im Gewerbe, der technische Fortschritt und die Lage des Verbandes waren maßgebend für die gestern behandelten Fragen. Sie müssen auch maßgebend für die Redaktion sein. Im Verbandsgeheimen Strömungen herüber und hinüber, und inmitten dieser gibt die Redaktion. Grafmann hat gesagt — und andere haben es wiederholt, — daß mein Satz falsch sei, daß die gegenwärtige Generation nicht die Tariftarifgemeinschaft auflösen könne, ohne die Organisation zur Auflösung zu bringen. Der Satz ist aber richtig gedacht, höchstens fehlte ihm die Begründung; die Auffassung, die ich über die Tariftarifgemeinschaft in Halle hatte, habe ich heute noch. Zu einer Zeit, in der die größte Mitgliedschaft, der größte Bau, für Kündigung des Tarifgesetzes eintritt, mußte die Redaktion das Gegenteil sagen. Zur Tariftarifgemeinschaft sind auch wir wie die Prinzipale durch die Entwicklung der Verhältnisse gedrängt worden. Sie stellt einen gewissen Kulturgrad im gewerblichen Leben dar. Der kollektive Arbeitsvertrag wird bestehen bleiben, das ist die Quintessenz meiner Anschauungen. Nennen Sie das Ding wie Sie wollen: der normale Zustand ist unter der Tariftarifgemeinschaft gegeben. Wieviel Kämpfe, wieviel Erbitterung erweckt es, wenn Unternehmer den Arbeitern kein Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen gewähren wollen, wenn die Arbeiter als rechtlos, als Leis, als Heloten behandelt werden! Zur Erziehung der Unternehmer zu sozialer Einsicht haben wir viel beigetragen. Wie lange ist es her, daß Graf Pofabowski von gemeinschaftlichen Streikvereinen gesprochen hat? Wenn da jetzt andere Anschauungen aufgetreten sind, wenn auch in den Anschauungen bürgerlicher Kreise Veränderungen stattgefunden haben, wenn die Arbeiterorganisationen für unentbehrlich gefunden werden für die Funktionen der Gesellschaft — ist das nicht ein Fortschritt, der

uns anspornen muß, in der bewährten Richtung weiter zu arbeiten? Nicht mechanisch dürfen Sie meinen Satz auffassen. Wenn Sie anderer Meinung sind, so sorgen Sie dafür, daß ein anderer Redakteur wird. Wir müssen uns mit dem beschäftigen, was notwendig ist, um die Tariftarifgemeinschaft aufrecht zu erhalten auf lange Zeit. Wir werden sie immer zweckmäßiger gestalten müssen. Erziehen wir die Kollegen zum Verständnis derselben. Wie stellt sich Grafmann das Stumpfwerden dieser Frage vor? Sie sagen: „Die Tariftarifgemeinschaft hat unsere Erwartungen nicht erfüllt.“ Ja, Sie vergessen, daß Sie an die Tariftarifgemeinschaft Forderungen stellen, die sie nicht erfüllen kann. Sie ist ein unvollkommener Ausdruck unvollkommener Verhältnisse. Was kraft der Verhältnisse nicht möglich ist, kann man auch durch die Tariftarifgemeinschaft nicht herausholen. Man stelle ihr nicht Aufgaben, die sie nicht erfüllen kann; sie hat uns tatsächlich viele Vorteile gebracht. Beim Schriftgießereistreik haben wir gesehen, daß es selbst nicht genügt, Geld zu haben. Der Streik mußte abgebrochen werden, wenn nicht die Organisation aufs Spiel gesetzt werden sollte. Es sind also noch andere Mittel nötig für die Führung eines Kampfes, das muß auch in Betracht gezogen werden, wenn man auf eine Aufhebung der Tariftarifgemeinschaft hinarbeitet. Daß die Organisation die Voraussetzung für die Tariftarifgemeinschaft ist, darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten. Man hat gesagt, die Mitglieder, welche die Tariftarifgemeinschaft uns zugeführt hat, seien noch keine zuverlässigen Gewerkschaftler, und wir hätten die Aufgabe, sie zu erziehen. Das ist richtig. Jedenfalls ist es kein gesundes Wachstum, wenn einzelne Ortsvereine in wenigen Jahren von 100 auf 600 Mitglieder wachsen. Die Gewonnenen müssen erzogen werden. Nun hat man gesagt, ich sei den Gewerkschaften bei ihrer erzieherischen Tätigkeit in den Rücken gefallen. Wenn man aber fortgesetzt sagt, daß wir nur die Prinzipalinteressen vertreten, daß das, was wir sagen, rücksichtslos und kurzfristig sei, wie kann man da erwarten, daß die Tätigkeit der Redaktion erzieherische Wirkung haben soll? Ich habe in erzieherischer Hinsicht so manchen Wind gegeben; ich erinnere nur an den Vorschlag, den ich für die Ausgestaltung der Johannistage, die jetzt oft nur leere Vergnügungen sind, zu wirklichen Kollegentagen gemacht habe. Wie wenig gewerkschaftliche Vorträge werden veranstaltet, im Jahre einer, zwei, drei! Nun wundert man sich, wenn die Kollegen kein so scharfes Verständnis zeigen, wie man es sich wünscht. Wenn Ortsvereine zu Versammlungen Nebner brauchen, so sagen sie: Das Thema überlasse ich Ihnen, vielleicht „Generalfreie“, nur nichts „Tariftarif“, das ist schon zu abgedroschen. Weber hat mich an die Stuttgarter Resolution erinnert. Es ist eine ganz falsche Auffassung, daß ich unter allen Umständen mit der Sozialdemokratie zusammenzutreten möchte. Sie haben in drei Jahren gesehen, daß ich mich bemüht habe, jeden Konflikt zu meiden — und daß ich nur das zurückgewiesen, was notwendig war. Wenn Sie aber denken, daß der Redakteur alle neuen Erscheinungen ignorieren soll, dann kann ich nicht Redakteur sein. Mein Bestreben, mit der Partei Frieden zu halten, besteht nach wie vor. Ich verlange eine bestimmte formulierte Anklage. Allgemeine Nebenarten besitzen keine Beweiskraft. Ich stelle fest, daß ich auch in der heißesten Zeit, welche die Partei erlebt hat, zurzeit der Dresdener Tagung, wo ich so leicht hätte vom Redner ziehen können, geschwiegen habe. Wenn Weber sagt, als der Kaiser die Breslauer Rede gehalten, sei für mich Frühlingsluft gewesen, so hört das Diskutieren auf. Was den Artikel „Die Probe aufs Exempel“ betrifft, so war das eine objektive soziale Studie, und wenn andere Zukunftsstaatsmänner treiben, so sollte man auch mir das Recht dazu zugestehen. Aus dem ganzen Artikel hat man nichts behalten als das Wort „Bierwürst“. Andere — wie der Abgeordnete Fräulein — haben das Wort auch angewendet. Im übrigen war der Artikel nicht absolut gedacht, sondern unter ganz bestimmten organisatorischen Voraussetzungen. Weber hat gesagt, ich schillerte in allen Farben. Warum ich nicht mehr Mitglied der sozialdemokratischen Partei bin, wissen Sie. Man hat schon versucht, mich in andere Parteien zu ziehen. Ich habe das abgelehnt. Ich schließe mich gar keiner Partei mehr an. Ich kann dabei für die Arbeiter mindestens so viel arbeiten wie Weber. Wir würden verstehen, wenn wir uns dem Einflusse der Entwicklung entziehen wollten. Wie viele von uns haben Veränderungen ihrer Anschauungen erlebt! Die Entwicklung korrigiert fortgesetzt unser Urteil. Auch in der Partei, wie überall im menschlichen Leben, gehen Veränderungen vor, steigen neue Auffassungen auf, verdrängen sich zu Gruppen, weil immer neue Verhältnisse, neue Gebilde entstehen. Wir müssen bei jedem voraussehen, daß er ehrlich in dem Amte arbeitet, in das man ihn gestellt hat. Er ist gezwungen, zu lernen, seine Begriffe zu modifizieren, ohne daß man ihm einen Vorwurf machen kann. Daß ich modern denke, wird mir kein Mensch abpredigen können. Nun zur Maifeier. Seit 1899 habe ich keinen Artikel zur Maifeier geschrieben. Die Aussperrung in der „Leipziger Volkszeitung“, bei der man uns das moralische Recht zusprach, ohne die Konsequenz zu ziehen, war ein Unrecht, das erst einmal ausgeglichen werden muß. Die volle Rehabilitierung verlangt ich, die wirkliche Arbeiterverbrüderung, dann will ich auch für die volle Einheit der Arbeiter eintreten. Ich erkenne durchaus die Maifeier als eine ideale Feier an, denn sie ist getragen von dem Gedanken der Arbeiterverbrüderung. Aber auch hier muß man sagen: Was man als schön und erstrebenswert

ansieht, kann zunächst nicht erreichbar sein. Auch die sozialdemokratische Fraktion hat seinerzeit gesagt: Mit Arbeitsruhe haben wir die Maifeier nicht verstanden.

Nebner vertagt hierauf den Rest seiner Ausführungen auf den nächsten Tag, da die Sitzung wegen Beschädigung der Maschinenfabrik von Rodtiroh & Schneider in Heidenau abgebrochen wird.

Korrespondenzen.

Vant-Wilhelmshaven. Am 18. Juni fand hier eine Versammlung des Maschinenmeistervereins für den Bezirk Oldenburg statt, welche von den eingeladenen Wilhelmshavener Bruderkollegen leider schwach besucht war. Die Versammlung nahm einen Vortrag des Kollegen Vogel-Vant über Anlageapparate entgegen. Referent erklärte an der Hand zahlreicher Prospekte und Zeichnungen die einzelnen bis jetzt eingeführten Apparate und knüpfte am Schluß an, daß in tariflicher Beziehung die mit Anlageapparaten arbeitenden Maschinen als Spezialmaschinen gelten müssen. Der nächstjährige Maschinenmeisterkongress habe sich mit dieser Frage eingehend zu befassen. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Hierauf fanden Technisches und einige Interia ihre Erledigung.

B. Barmen. (Ortsvereinsversammlung vom 17. Juni.) Des Bierbohoties wegen mußte die letzte Versammlung statt im Vereinslokale in einem andern Lokale abgehalten werden. Unter Vereinsmitteilungen machte der Vorsitzende u. a. bekannt, daß das Bezirksjohannistag Sonntag den 6. August in Schwelm stattfindet. Aufgenommen wurden fünf Kollegen, denen der Vorsitzende — da meistens Neuausgelernte — beherzigenswerte Worte mit auf den Weg gab, während ein Aufnahmegesuch eines weiteren Kollegen dem Gewerkschaftsvorstande nicht empfohlen werden konnte. Auch mit einigen Gewohnheitsbesetzern mußte sich die Versammlung befassen und wurde beschlossen, von jetzt ab mit aller Strenge zu verfahren. Den Kasienbericht erstattete an Stelle des zur Generalversammlung abgereisten Kassierers Stellvertreter Marschall. Auf Antrag der Revisoren erfolgte die Entlassung des Kassierers. Einen glücklichen Griff hatten wir in der Engagierung des Herrn Dreischer-Bielefeld zu einem Vortrage getan. Derselbe referierte über „Streitzüge durch die Erschöpfung der Erde“ und wurde dem Vortragenden am Schluß seiner hochinteressanten Ausführungen lebhafter Beifall zuteil, der sich am besten dadurch dokumentierte, daß aus der Versammlung der Wunsch laut wurde, den Nebner für einen weiteren Vortrag zu gewinnen, wozu er auch verpflichtet wurde. Unter Verschiedenem kam noch zur Kenntnis der Versammlung, daß ein Mitglied schon seit einigen Jahren abends nach Feierabend in einer hiesigen Stempelfabrik (H. a. f.) da der betreffende Kollege aber durch Abwesenheit glänzte, wurde beschlossen, denselben für die nächste Versammlung extra einzuladen. Hierauf wurde die von 55 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen.

-st. Bielefeld. Das diesjährige Johannistag findet Sonntag den 16. Juli, nachmittags von 4 Uhr ab, in den Lokalitäten des Herrn Richter (früher Mademacher) am Gadderbaum statt, wozu die Kollegen des Bezirks eingeladen werden. Gleichzeitig mit diesem Feste verbunden feiern die Kollegen Oskar Rothe aus Großenhain, Otto Steinbrück aus Naumburg, Emil Klottmann aus Barmen und Franz Kornitschky aus Bielefeld ihre fünfundsingzigjährige Zugehörigkeit zum Verbands der Deutschen Buchdrucker.

F. Halle a. S. Am 16. Juni fand hier selbst eine Versammlung aller tarifistischen Gehilfen des VI. Tarifkreises statt, welche von etwa 110 Kollegen besucht war, und in welcher der Gehilfenvertreter Böschke einen kurzen Rückblick auf die während seiner sechsjährigen Amtsführung auf tariflichem Gebiete gemachten Fortschritte gab. Sodann wurde zum eigentlichen Tagesordnungspunkte: Aufstellung von Kandidaten zur Kreisvertreterwahl für den Tarifkreis VI, übergegangen und mit allseitigem Bedauern wurde davon Kenntnis genommen, daß Kollege Böschke, dessen aufopfernde Tätigkeit im Interesse der Tariffrage rückfallslos anerkannt wurde, nicht zur Wiederannahme der Kandidatur zu bewegen war, nachdem er außer der sechsjährigen Kreisvertreteramtstätigkeit auch auf eine mehrjährige Organisationsamtstätigkeit zurückblicken kann. Da auch der erste Stellvertreter, Kollege Chemnitz, auf eine Wiederwahl verzichtete, wurde von der Versammlung der Kollege Hugo Pönig als Kreisvertreterkandidat und die Kollegen Emil Hallupp-Halle und Wihert-Gottha als dessen beide Stellvertreter proklamiert. Nach kurzer Dauer wurde hierauf die allgemeine Versammlung geschlossen. — Hierauf fand die monatliche Mitgliederversammlung statt, die zunächst in üblicher Weise das Andenken des verstorbenen Mitgliedes W. Dräger ehrte, dessen Beerdigung den Vorsitzenden zu dem Wunsche veranlaßte, in vorkommenden Fällen sich zahlreicher zu beteiligen. Nach einigen im Anschluß an die Protokollbesprechung erhobenen Wronita, die sich auf wenig ausführliche Wiedergabe der in letzter Versammlung bei Beratung der Generalversammlungsanträge von einigen Rednern gemachten Ausführungen bezogen, wurde ein Kollege dem Gewerkschaftsvorstande zur Aufnahme in den Verband empfohlen. Beim Punkte: Aufstellung der Kandidaten zur Wahl des Gesamtvorstandes, konnten nur unter großen Mühen für alle Kenner Kandidaten gefunden werden. Die Wahl erfolgt

Fortsetzung in der Beilage.

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

durch Urabstimmung. Zu Krankenbesuchern wurden die Kollegen Mennicke, Mattheis und Sengel für Zentrum, Nord und Süd gewählt. Unter „Mittelungen“ gelangte das einem bedingt aufgenommenen Mitgliede ausgestellt ärztliche Urtheil zur Verlesung, welches die Versammlung, wenn sie es nicht schon früher gewesen wäre, davon überzeugte, daß es dem Betreffenden mit seiner Mitgliedschaft nur um Ausnutzung unserer Kasien zu tun sein konnte. Die Versammlung zeigte denn auch keine Bereitwilligkeit, solche Mitglieder in der Organisation zu beherbergen, und mit allen gegen eine Stimme wurde die Ausnahme als nicht vollzogen erklärt. Mit dem Wunsche um allseitige Beteiligung am Johannistage (24. Juni im Zoologischen Garten) wurde die Versammlung geschlossen.

Bg. **Offenbach a. M.** In der am 18. Juni abgehaltenen ersten Quartalsversammlung brachte zunächst der Vorsitzende das Eingehen des Viehsterblichen Tragers zur Kenntnis, dessen Kunden in üblicher Weise geehrt wurde. Im geschäftlichen Teile gab der Vorsitzende Schulze das Resultat der Delegiertenwahl zur Generalversammlung bekannt. Des weitern teilte er mit, daß die vom Bezirke an die hiesigen Prinzipale gerichteten Schreiben, Ferienbewilligung betreffend, bis jetzt noch größtenteils unbeantwortet geblieben seien, und er deshalb einen definitiven Bescheid erst in der nächsten Versammlung bringen wolle. Zur Aufnahme meldeten sich vier Kollegen. Die Nachbewilligung von 25 Mk. für die streitenden Weidbinder wurde gegen eine Stimme angenommen. Hierauf berichtete der Kassierer über die Quartalsabrechnung, worauf demselben Decharge erteilt wurde. Zum Ausschusse wurde das hoch mit Rosten beladete Mitglied Kosmas Kuz empfohlen. (Daselbe ist zurzeit nicht mehr im Bezirke tätig.) Der Ausschluß erfolgte einstimmig. Erfreulicherweise war zu bemerken, daß die Kasse seit dem verfloßenen Jahre um über die Hälfte zurückgegangen sind. Darauf berichtete der Vorsitzende über die Tätigkeit des Johannistagekomitees. Eingang des letzten Punktes, Bezirksangelegenheiten, rügte der Vorsitzende das ständige unentschuldigete Fernbleiben des zweiten Vorsitzenden, worüber sich eine längere Debatte entspann. Es wurde beschlossen, in der nächsten Versammlung die Wahl eines neuen zweiten Vorsitzenden vorzunehmen. Außerdem wurde Widerspruch gegen die Aufnahme eines Kollegen erhoben, welcher nachweislich nicht das Minimum verdiene. Zu bemerken sei, daß derselbe bei einer tariffreien Firma konditioniert, mit welcher sich in nächster Zeit die Tarifüberwachungskommission des Bezirkes einmal beschäftigen werde. Zum Schlusse wurde noch dem Vorstande an die Hand gegeben, in nächster Zeit eine Besichtigung der städtischen Gebäude in die Wege zu leiten.

Hundschau.

Ferien! Die Firma L. Auer in Donaueschingen gewährte ihrem gesamten Personale einen Sommerurlaub von einer Woche nach einer Tätigkeit von fünf Jahren bei Fortbezug des vollen Lohnes. Es erhalten von 29 Gehilfen 23 diese Vergünstigung. Die Firma A. Krieger ebenda bewilligte ihrem gesamten Personale einen Sommerurlaub von drei Tagen. Es genießen vier Kollegen diese Vergünstigung.

Ueber einen interessanten Tarifstreit hatte das Gewerbegericht in Frankfurt a. M. zu befinden. Die Firma Maschlaß & Waldschmidt daselbst hatte zur Anklage zwei Geper eingestellt. Vor Ablauf der vier Wochen erklärte die Geschäftsleitung, daß die Arbeit noch etwa vierzehn Tage Zeit beanspruchen würde, die betreffenden Gehilfen könnten also noch acht bis vierzehn Tage länger arbeiten. Gehilfenseitig wurde darauf eingegangen. Bei der folgenden Lohnzahlung wurde nun den beiden Gehilfen der Kaufvertrag und der Ostermontag nicht bezahlt, weshalb von denselben das Tarifschiedsgericht angerufen wurde. Drei Tage vor Eintreffen des schiedsgerichtlichen Urtheiles wurden die klagenden Gehilfen entlassen. Diese gingen nun an das Gewerbegericht und verlangten für die drei Tage eine Entschädigung wegen vorzeitiger Entlassung, sich auf den bekannten Beschluß des Tarifausschusses berufend, wonach eine Entlassung oder eine Arbeitsniederlegung während eines schiedsgerichtlichen Verfahrens nicht stattfinden darf. Mit dieser Entschädigungsklage wurden die Kläger aber von dem Gewerbegericht abgewiesen — mit welcher Begründung, ist uns nicht bekannt —, dagegen wurde ihnen die Bezahlung der beiden Feiertage zugesprochen.

Die im Leipziger Buchgewerbehaus bis zum 2. Juli gebotene, von der Kommission der Leipziger Maschinenmeister und Drucker arrangierte internationale Zeitausstellung umfaßt rund 6500 Zeitungen und Zeitchriften, darunter ist Deutschland allerdings allein mit 4800 vertreten. 60 von den ausgestellten Zeitungen weisen ein mehr als hundertjähriges Bestehen auf. Das Ausland ist folgendermaßen vertreten: Oesterreich-Ungarn

mit 500, Spanien mit 175, die Schweiz mit 100, Belgien mit 100, Frankreich mit 65, Holland mit 50, Griechenland mit 29. Ferner sind Zeitungen aus der Türkei, aus Arabien, Italien, Schweden, Luxemburg, Portugal, Amerika, Indien, China, Japan, Afrika und Australien zu sehen; England wird zwar in dem uns zugänglichen Berichte nicht genannt, wird aber sicher auch vertreten sein. Unter der aus 185 Stück bestehenden Sammlung ausländischer Zeitungen des Kollegen Sterbey in Leipzig befindet sich auch die in deutscher, schwedischer und englischer Sprache erscheinende „Spibergens Gazette“. Die Tageszeitungen wurden nach Parteien geordnet, als parteilose figurieren rund 900. Gewerkschaftsblätter sind 127, kirchliche Blätter 160 und Witzblätter 65 ausgestellt. Das Buchgewerbehaus ist geöffnet wochentags von 9 bis 6 Uhr, an den Sonntagen von 10 $\frac{1}{2}$ bis 4 Uhr.

„Lebetechniker“ soll nach dem „Typograph“ jetzt der „gemäßigtere Ausdruck“ unserer Essener Mitglieder für die Leute sein, welche im Buchdruckerlatein als „Schuster“ bezeichnet werden. Für den Schlag Buchdrucker, welcher sein Heil beim Gutenberghunde sucht, ist aber keine gewählte, sondern die bildreichste Ausdrucksweise am Platze. Schade, daß man diese Leute nicht immer mit dem richtigen Namen bezeichnen kann, denn das Volk rennt immer gleich zum Kabi, um seine Ehre wieder zusammenzuflicken zu lassen, was so recht nach der Art von solchen Elementen ist, die gar nichts oder herzlich wenig von dieser Eigenschaft aufzuweisen haben. Nun, der Zeitpunkt ist ja nicht mehr ferne, wo man diese Gesellschaft wieder einmal in Brillantfeuerwerk erstrahlen lassen kann. Werden da aber die blöden Schäffeln draußen im Lande verunehrt die Glogasgen aufreizen!

Wegen verachteten Totschlages wurde der Schriftsetzer Heinrich Leininger vom Schwurgerichte in Zweibrücken zu einem Jahre und neun Monaten Gefängnis verurteilt. Leininger hat in einem Eifersuchtsanfälle in Kaiserlautern ein Mädchen beinahe zu Tode gewürgt.

Eine Zeitungsfusion wird wieder aus München gemeldet. Das „Neue Münchener Tageblatt“ geht nämlich in den Besitz der „Bayerischen Kurier“ herausgebenden Gesellschaft über.

Journalautomaten sind seit einiger Zeit in den Wagen der Leipziger elektrischen Straßenbahn, im Volksmunde kurz „die Kote“ genannt, angebracht. Gegen Einwurf eines 5 Pfennigstückes wird eine Journalmappe freigegeben, deren Inhalt von außen ersichtlich ist.

Generalfstreikunfall! In Erfurt nahm ebenfalls eine Gewerkschaftsversammlung gegen den Kölner Kongress Stellung durch Annahme einer Resolution, die nach Weglassung der Einleitung folgenden Wortlaut hat: „Sie ist unbefriedigt von dem Verlaufe der Debatte über die Maisfeier, da sie fordert, daß die Arbeiterchaft dieses prinzipiell schärfste Demonstrationsmittel des Klassenkampfes sich durch keinerlei Kleinliche Kaszenbedenken oder Scheu vor Opfern trüben und verwässern lassen darf. Die Versammlung erachtet weiter eine Diskussion über den politischen Massenstreik nicht nur nicht für verwerflich, sondern für dringend nötig, da das letzte Ziel der Arbeiterbewegung; die Ueberwindung der Produktion in Gemeinbesitz, die Einigkeit und ernste Entschlossenheit der Arbeiter dahingehend voraussetzt, den politischen Massenstreik auch zur Durchführung zu bringen. Sich nun über die wirkungsvollste Anwendung dieser letzten schärfsten Waffe heute schon zu unterrichten, ist die unabweisbare Pflicht des Proletariates, da auch zur Abwehr der überall drohenden politischen Enttredung der Arbeiter der Zeitpunkt des Gebrauchs dieser Waffe nicht bestimmt werden kann. Die Lösung gilt: über alles klar und für alles bereit zu sein!“ Der „Vorwärts“ schreibt nun einleitend zu seiner diese Angelegenheit handelnden Notiz: „Wir bitten, die kritische Ueberschrift (Generalfstreikunfall. Red. des ‚Corr.‘) nicht auf den politischen Massenstreik an sich zu beziehen, sondern auf das, was in der nachfolgenden Resolution über den Zweck dieses Kampfmittels gesagt wird.“ Mit diesen wenigen Worten ist fürwahr am treffendsten der Wert dieser geschriebenen Resolution gekennzeichnet.

Bei sofortiger Entlassung aus dem Arbeitsverhältnisse muß der Entlassungsgrund angegeben werden, so entschied das Berliner Gewerbegericht in einem Falle, dem ein eigenartiger Sachverhalt zugrunde lag. In dem betreffenden Betriebe war auch ein Arbeiter tätig, der mit Häusen behaftet war. Der Unternehmer entließ deshalb diesen Arbeiter ohne weiteres. Vor dem Gewerbegerichte klagte nun der Arbeiter auf Entschädigung wegen vorzeitiger Entlassung. Der beklagte Unternehmer erklärte, er habe dem Arbeiter nicht wehe tun wollen und deshalb den Grund nicht angegeben. Der Gewerbebericht erklärte, die Verklagung könne wohl als Grund zur sofortigen Entlassung angesehen werden, weil dieser Umstand als ekelerregende Krankheit gelten könne. Der Grund der Entlassung müsse aber immer angegeben werden, um die Berechtigung einer solchen Maßnahme nachzuweisen. Da dies nicht geschah, wurde dem Kläger die verlangte Entschädigung zugesprochen.

Das preußische Kammergericht hat in einem dieser Tage gefällten Urteile eine Kommission als einen selbständigen Verein bewertet. Der Landagitationskommission für Magdeburg und Umgebend ist diese außerordentliche Bedeutung beigegeben worden. Das Kammergericht begründete diesen seinen Standpunkt folgendermaßen: Die Kommissionsmitglieder seien allerdings einzeln gewählt worden mit der Aufgabe, in den erwähnten Kreisen zu agitieren. Sie hätten sich aber untereinander zum gemeinsamen Zweck gebündelt, sich einen Kassierer und Vorsitzenden ernannt und sich einen eignen Namen „Landagitationskommission“ verliehen, mit einem Worte: sich eine eigne Organisation gegeben zur gemeinsamen Verfolgung desselben Ziels und ein selbständiges Vereinsleben geführt. Somit hätten die Kommissionsmitglieder einen selbständigen Verein gebildet. Dieser bezwecke zweifellos eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten und unterfalle den Vorschriften der §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes.

Volkessstimme — Gottesstimme? Die Arbeiterschaft im Kanton Basel hat sich mit einer ganz gehörigen Blamage bedeckt. Der „Vorwärts“ schreibt u. a. über diesen Fall: Das Initiativgeheimnis zum Schutze der Arbeiter in den Bäckereien ist in der Volksabstimmung leider verworfen worden, und zwar mit 3682 gegen 1752 Stimmen. Von den 13 000 Stimmberechtigten sind nur 6434, noch nicht einmal die Hälfte, zur Urne gegangen, und auch von den Sozialdemokraten war die Hälfte zu bequem dazu, ihre Stimmen für dieses Stück Arbeiterschutz abzugeben.

Eine Verschlechterung des Krankenkassengebietes soll von der Reichsregierung geplant sein, und zwar, wie die offiziellen Blätter schreiben: „zwecks Verhütung eines sozialdemokratischen Mißbrauches“ derselben. Die Sache hat den Charakter eines Kompensationsobjektes. Die preußischen Herrenhäuser wollen bekanntlich gar nicht auf die so großlich verunkümmerten Berggehejnovellen anheben. Der gefürchtete preußische Ministerpräsident gab auf erhobenen Einwand bereits im Landtage am 2. Juni zu, daß die Sozialdemokratie sich der Krankenkassen bemächtigt habe, und daß hierin unbedingt Erneuerung geschaffen werden müsse. Um nun nicht zu erleben, daß das Herrenhaus doch noch die Berggeheje ablehnt, will Bülow den preußischen Gesetzgebern das verlangte Opfer bringen. Er wird aber im Reichstage dabei auf Granit stoßen; die Regierungen können leider nur schon zuviel mit den Krankenkassen machen.

Standaßige Vorgänge spielen sich jetzt in Leipzig ab. Die beiden Vorsitzenden des Vereins der früheren Distriktsärzte, welche sich mit den alten Leipziger Ärzten bzw. deren Leitung auf Leben und Tod bekämpfen und oft genug auf den Gerichten herumgeschlagen haben, sind mit Noß und Wagen in das bis vor kurzem so scharf beschossene gegnerische Lager übergegangen und bearbeiten nun die Mitglieder genannten Vereins, das Gleiche zu tun, das heißt vor allen Dingen, ihre Verträge mit der Krankenkasse aufzugeben. Dem Kassenvorstande werfen sie die ungeheuerlichsten Bestechungen vor usw., obgleich es doch so ganz offenbar ist, wer von dem wirtschaftlichen Verstande der Ärzte gekauft ist. Diese liebenswürdigen Auseinandersetzungen zieren die Inseratenspalten der Leipziger Blätter, die von dem Verzetriebe schon so großen Vorteil gehabt haben. Daß von den ehemaligen Distriktsärzten ihren abtrünnig gewordenen Vorsitzenden auch ganz derb auf den Leib gerückt wird, versteht sich natürlich von selbst. Wenn wir daran denken, wie Kautsky in der „Neuen Zeit“ diese durch den Verzetriebe nach Leipzig gekommenen Zünger Nestkalaps in jeder Beziehung in Schutz nahm —

Die geplante Eisenbahntarifreform wird, wenn sie wirklich so wie projiziert zur Einführung kommen sollte, eine Vertenerung der Eisenbahnfahrten bringen, namentlich in der dritten Wagenklasse. Es sollen nämlich auf allen deutschen Bahnen die Nichtfahrkarten, die zuschlaglose Benutzung von Schnellzügen (in Sachsen muß bei Nichtfahrkarten dieser Zuschlag schon immer bezahlt werden) sowie das Freigepläd in Fortfall kommen. Als Ausgleich soll eine kleine Herbilligung der einfachen Fahrkarte eintreten, welche die aus der Tarifreform resultierende allgemeine Vertenerung jedoch nicht aufwiegt. Im Zeichen des Verzetriebs, der mit jedem Tage größere Dimensionen annimmt, wollen die deutschen Eisenbahnen also das so viel besprochene Werk der Betriebsmittelgemeinschaft statt mit einer Herbilligung mit einer Fahrpreiserhöhung krönen, obwohl der ungarische Zonentarif schon längst den Weg gewiesen hat, wie reformiert werden kann und reformiert werden muß. Das ist echt deutsch bürokratisch. In Breslau hat eine aus allen Teilen der Bevölkerung besuchte Versammlung — nach einem Vortrage des Professor Dr. Buchwald — ganz entschieden gegen eine solche „Reform“ protestiert.

Die Preise für Kohlen im Kleinhandel sind im ersten Quartale d. J. gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres nicht unerheblich gestiegen. Wir hatten also recht, als wir schrieben, daß Kohlenjndikat und die übrigen

Grubenbesitzer würden die Bergarbeiterstreiks anfangs dieses Jahres ganz gehörig zu ihrem Nutzen ausbeuten. Außer den in voriger Nummer genannten Firmen sind noch folgende für Lithographen und Steindrucker gesperrt: Saupé & Witsch in Dresden-Neubau, Fr. Ewers & Co. in Lübeck, Anton Pich & Co. in Köln-Rippes. — Die Dachbeder in Kaiserslautern sind ausständig geworden, nachdem keine friedliche Einigung mit den Unternehmern erzielt werden konnte. — In Bawesin streiken 500 Ziegeleiarbeiter. — Die Klempner und Installateure in Bielefeld sind ausständig geworden. — In München sind nun auch noch 4000 Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter ausgesperrt worden. — Die Berliner Modestitcher haben ihren Kampf aufgegeben, weil nicht mehr als erreicht erzielt werden konnte. — Gesperrt haben die Maurer in Reinsfeld i. H. bei ihrem Kampfe. — In Hamburg konnten die Dachbeder ihren Streit mit einem günstigen Resultate beenden. — In Reichenberg (Böhmen) sind 2000 Bauarbeiter ausgesperrt worden. — Die Lackierer sind in der Zahl von 400 in Prag in den Streit getreten. — In Italien sollte die Massenansperrung der Marmorarbeiter in Carrara mit dem allgemeinen Generalstreik beantwortet werden. Es haben sich jedoch dreizehn Gewerkschaften gegen und zwölf für die Anwendung dieses allgemeinen Kampfmittels entschieden. Der Generalstreik kommt somit nicht zur Anwendung. — In Lodz war wegen neuerlicher Militärverzehe der Generalstreik für den 23. Juni angeordnet worden. In Warschau ist es ebenfalls wieder zu einem allgemeinen Aufstande gekommen. Die Arbeiterschaft will damit gegen den Prozeß demonstrieren, der einem der ihrigen am 23. Juni gemacht werden sollte wegen Bombenwerfens gegen das Polizeigebäude.

Griefschaften.

H. K. in Meerane: Die Unterlage zu der betreffenden Notiz ist einem Fachblatte entnommen. — R. Z. in Dortmund: Jetzt haben wir für solche, leider muß man sagen fast alltägliche Vorkommnisse bei Umständen keinen Raum. — W. in Gf.: 1. Nein. 2. Notiz könnten wir nur mit Genehmigung des dortigen Ortsvorstandes bringen. — E. P., Schweiz: Mit dieser Frage wenden Sie sich an den Kollegen Raffini, Berlin S, Ritterstraße 88. — B. in Wiesbaden: Ueber die einschlägigen Verhältnisse sind wir auch nicht genügend orientiert, weshalb Sie sich mit dem Sekretär der Deutsch-Amerikanischen Typographie, Kollegen S. Miller in Indianapolis (Ind., U. St. of A.), 646 Newton Claypool Bldg., in Verbindung setzen wollen. — S. in Tyeboe: Aus den schon an dieser Stelle genannten Gründen nicht aufnahmefähig. — W. G. in Nürnberg: Ihre am 19. Juni eingegangene Entgegnung auf den Artikel von Veritas konnte mit dem besten Willen weder in der Donnerstag- noch in der Sonnabendnummer Aufnahme finden. Inzwischen hat

nun die Spartenfrage auf der Generalversammlung ihre Behandlung gefunden, weshalb eine weitere Debatte darüber nicht von Vorteil wäre. Unter diesen Umständen legen wir — hoffentlich mit Ihrem Einverständnis — den eingeleiteten Artikel ad acta. Wir wurden gebeten, richtig zu stellen, daß anlässlich der Enthüllung des Härteldenkmals am zweiten Pfingsttage nicht Kollege Schiefer, sondern Kollege Sturm einen Kranz für den Bezirksverein Altenburg niederlegte.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Gamskopplatz 5, III.

Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfalle haben die Betreffenden die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten, und zwar für: Deutsche Schweiz: J. Schlumpf, Bern, Speicher-gasse 29; Französische Schweiz: Marius Corbaz, Lausanne, Rue du Tunnel 1. Italienische Schweiz: Comitato centrale della Federazione Ticinese fra i Lavoratori del Libro, Lugano, Camera del Lavoro; Elsass-Lothringen: A. Schmolz, Strassburg, Lange-strasse 146. Oesterreich: F. Reismüller, Wien VII/1, Ziegler-gasse 25. Ungarn: Desider Lerner, Budapest VI, Hunyadi-ter 3 Pressburg: K. Ph. Kovarik, Pressburg, Buchdruckerei „Westungarischer Grenzboten“. Kroatien: Stefan Boranic, Agram, Vinogradska cesta 58. Fiume: Fabbioni Vittorio, Fiume (Littoral ungarico), Via Ciotta 20. Serbien: Milan Milicevic, Belgrad, Kaiserin Miliza-gasse 3. Bulgarien: St. Jakimoff, Sophia, Staatsdruckerei. Rumänien: G. Jonescu, Bukarest, Boulevard Carol I, Nr. 1 (Bursa Muncen). Bosnien: Franz Stupanek, Sarajevo, Buchdruckerei „Bosnische Post“. Italien: Comitato centrale della Federazione Italiana dei Lavoratori del Libro, Milano (Camera del Lavoro), Via Crocefisso 15. Frankreich: A. Keufer, Paris 6e, Rue de Savoie 20. Luxemburg: W. Bastendorff, Luxemburg, Philippstr. Belgien: W. Sarhage, Bruxelles, Place de la Duchesse 6.

Holland: P. Hols, Amsterdam, Bloemstraat 60. Dänemark: Viktor Petersen, Kopenhagen K., Nybrø-gade 12. Norwegen: Ole O. Lion, Kristiania, Storgaden 20. Schweden: Svenska Typograförbundet Expedition, Stockholm, Jakobsgratan 22A. Finnland: A. Karjalainen, Helsingfors, Siltasaari 6-8. Berlin. Der Verbandsvorstand.

Bezirk **Quisburg**. Die Adresse des Bezirkskassierers lautet vom 28. Juni ab: Heinrich Wimar, Quisburg, Realshulstraße 98.

Bezirk **Wannheim**. Die Wohnung unseres Kassierers, H. Gerberich befindet sich vom 1. Juli ab: S 4, 1, III.

Vonn. Der Schweizerbegegn Richard Zentzfürd aus Frauenfadt und der Schriftfeger Theodor Holle aus Meine werden hiermit aufgefordert, umgehen ihrer Verpflichtungen nachzukommen, andernfalls der Ausschluß beantragt wird.

Landau (Pfalz). Der Schweizerbegegn Karl Fürst, geboren in Kaiserslautern 1833, der am 20. März in Edenoben in Kondition trat und ohne sich abzumelden oder Beiträge zu bezahlen an einem nicht feststellbaren Tage wieder abreiste, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen und die Beiträge (wöchentlich 1,30 Mt.) innerhalb acht Tagen an den Bezirkskassierer S. F. Feischauer, Untertorstraße 7, einzufenden, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird. Die Herren Verbandsfunktionäre werden gebeten, den S. hierauf aufmerksam zu machen.

Meerane. Die Adresse des Vertrauensmannes lautet von jetzt ab: Hermann Koch, Philippstraße 52, I.

Weiden. In der letzten Monatsversammlung wählte der hiesige Ortsverein den Kollegen Peter Arts, Friedrich Wilhelmstraße 11, zum Vorsitzenden.

Birmansfeld. Der Seher Paul Altenburg aus Alstedt, zuletzt in Homburg (Pfalz) in Kondition, welcher ohne Verbandsbuch abreiste, wird aufgefordert, dasselbe einzufordern, widrigenfalls sich derselbe als ausgeschloffen betrachten kann.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Barmen die Seher 1. Arthur Köster, geb. in Barmen 1886, ausgel. das. 1905; 2. Frh. Neuser, geb. in Elberfeld 1882, ausgel. in Barmen 1901; waren noch nicht Mitglieder; 3. Rich. Zörb, geb. in Elberfeld 1879, ausgel. in Werdoß i. W.; war schon Mitglied. — In Remscheid die Seher 1. Heinrich Bay, geb. in Remscheid 1887, ausgel. das. 1905; 2. Hugo Stelberg, geb. in Hildesheim 1887, ausgel. in Remscheid 1905; waren noch nicht Mitglieder. — Karl Kintkau in Barmen, Köbigerstraße 7.

Neuerst vorteil. Angebot!

Umständehalber steht das Material einer seit einiger Zeit außer Betrieb gestellten **Lebensdruckerei** äußerst billig zum Verkauf. Die Schriften sind modern und fast neu. Vorhanden sind außerdem eine Ziegeldruckpresse und eine kleine Postpresse sowie Zuckervergal, Schmelzplatte u. ionf. Druckereizutensilien. Nähere Auskunft erteilt [335] **J. Gottschleben** Buchdruckerei, Neumünster.

Eilt!

Zum Verkauf von **Zigarren** an Wirte usw. wird ein tücht. Agent gesucht, gleich wo wohnhaft. Vergütung ev. 250 Mk. pro Monat oder hohe Provision. A. Kieck & Co., Hamburg.

Tücht. Maschinenmeister

für Autotypie- u. Plattendruck sofort gesucht. **J. G. Mühlmeier**, Dresden-Niederseiditz.

Schriftgießer

welche auch am Ofen arbeiten können, finden Kondition. Schriftgießerei **Brög & Glöck** Frankfurt a. M. [339]

Gebühte Schriftfeilerinnen

sofort in dauernde Stellung gesucht. [331] **J. G. Scheller & Gieseler**, Leipzig Brüderstraße 26/28.

Zur **Johannistfeier**: Ansichtskarten der Enthüllungsfeste des Härtel-Denkmal mit der Unterschrift: „Das vom Deutschen Buchdruckerverbande seinem Begründer Richard Härtel in dankbarer Erinnerung gestiftete Denkmal am Tage der Einweihung in Leipzig am 12. Juni 1905. Verbandspräsident Döblin die Weibereide haltend“. — Einzige autorisierte Aufnahme. Kunst- u. Verlagsanst. Max Schmitz, Leipzig-R. 90.

Offertenbriefe sind ausschließlich an die Geschäftsstelle des Gorr. (Konrad Gieseler), Leipzig, Salomonstr. 8, zu senden. Offertenbriefe ohne Freimarkte können nicht befördert werden. Die Geschäftsstelle des Gorr.

Typographische Vereinigung Leipzig.

Ausnahmsweise **Mittwoch den 28. Juni**, abends 8 Uhr, im „Johannistal“: Vortrag des Herrn Georg Schiller von der Königl. Kunstakademie (früher Reichsdruckerei, Berlin):

„Ueber Stempel- und Typenschnitt“.

Wir erwarten in Anbetracht dieses bedeutsamen Vortrages vollzähligen Besuch unserer Mitglieder. Gäste in beschränkter Zahl — durch Mitglieder eingeführt — willkommen! [334]

Gruppenbild der Teilnehmer der Dresdener Generalversammlung 1905.

42: 56 cm gross, mit entspr. Aufdrucke. Preis 3,50 Mk. Jeder einzelne Delegierte klar und deutlich erkennbar, deshalb schönster Wandschmuck für Vereinslokale usw., da an der Hand dieser vorzüglich gelungenen Aufnahme jedem Mitgliede Gelegenheit geboten, die berufenen Führer des Verbandes auch im Bilde kennen zu lernen. **Photogr. Kunstanstalt Max Schmitz, Leipzig-R. 90.** [332]

Naturreine Weine.

Allen Kollegen empfehle ich meine selbstgefertigten, garantiert naturreinen **Weißweine** im Faße von 25 Liter ab, in Kästen von 12 Flaschen ab, auschl. Faß, einschl. Flaschen und Kisten zu

70, 80, 90, 100 Pf. und höher.

Kreuznach, Mannheimerstraße 252. **Jakob Sosenbech.** [337] **Verband gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.**

Johannistfest 1905.

Fünffarbige selbstene Buchdrucker-Versästel und Währungs mit echtem Gold-u. Silberfäden, in Nickel 3,50 Mk. Vergoldet 3,50 „ Silber 6,00 „ Gold 11,00 „ mit schwarzem Bande à 75 Pf. billiger.



Weinpfedel in
Nickel 2,50 Mk.
Vergoldet 2,50 „
Silber 4,50 „
Gold 8,50 „
mit schwarzem Bande à 50 Pf. billiger. [327]

Graphische Verlagsanstalt
P. Goldschmidt
Halle a. S., Körnerstr. 7.
Graphischer Anzeiger (19. Jahrgang) umsonst.

Den jungen Kollegen besonders zu empfehlen:

Anhang zum Tarife

von **Konrad Gieseler**, Leipzig, Salomonstr. 8. **Preis pro Exemplar 10 Pf.**
Von den Verbandsfunktionären oder vom Herausgeber direkt zu beziehen. Im Porto wolle man den Bestellungen außerdem noch bis zu 6 Stück 3 Pf., 7 bis 12 St. 5 Pf., 13 bis 20 St. 10 Pf. beilegen.

Dresden Buchdruck.-Dresden

Sonnabend den 1. Juli, abends 7/9 Uhr: **Monatsversammlung** im Vereinslokale. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. **Fer Vorstand.** [333]

Ueber Sekundarmägen.

Rich. Härtel in Leipzig-R. — 1,80 Mk.

Am 20. Juni verstarb nach längerem Leiden unser wert. Mitglied, der Buchdruckereibesitzer
Anton Bögner
im Alter von 38 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliedschaft Augsburg. [329]

Am 17. Juni verstarb unser wert. Mitglied, der Schriftsetzer
Max Bieber
aus München, 24 1/2 Jahr alt, an Lungenleiden.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
390] Die Mitgliedschaft München.

Heute früh 1/4 Uhr verschied nach längerem Herzleiden unser lieber Kollege
Rudolf Botzenhardt
im Alter von 87 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm
bewahren [328]
Die Kollegen
der Buchdruckerei A. Bonz' Erben.
Stuttgart, 21. Juni 1905.

Richard Härtel, Leipzig-R.
(Inhaberin: Klara verw. Härtel)
Kohlgrabenstrasse 48
liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko.
Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.
Malow, Einrichtung von Illustrationen.
4 Mk.
Notations-Schnellpresse nebst Rudertypographie.
Von Hitz. Broch. 6 Mk., geb. 8 Mk.
Stimmen der Freiheit. Mitteilungsblatt der hervorragenden Schöpferinnen unserer Arbeiter- und Volksdichter. Mit 38 Porträts. Eleg. geb. zum Herabgeleiteten Preise von 3 Mk. Preisang. Gutenbergs Wiederkehr. Festspiel.
30 Pf.
Durch Kampf zum Sieg. Männerchor von Benzoni. 20 Pf.